

II- 1368 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

**DER BUNDESMINISTER
FÜR UNTERRICHT UND KUNST**

XIII. Gesetzgebungsperiode

Zl. o1o.155-Parl.72

Wien, am 24.Juli 1972

547 /A.B.
zu 481 /J.
Präs. am 28. Juli 1972

An die
Kanzlei des Präsidenten
des Nationalrates
Parlament
1010 Wien

Die schriftliche parlamentarische
Anfrage Nr.481/J-NR/72, die die Abgeordneten Mälter
und Genossen am 30. Mai 1972 an mich richteten, be-
ehre ich mich wie folgt zu beantworten:

ad 1) Zahlungsrückstände per 1.6.1972

allgemeinbildende höhere Schulen	berufsbildenden mittlere und höher Schulen
a) Heizmittel S 450.000.--	S 79.348.--
b) Lehrmittel S 20.000.--	S 3.970.--
c) Verwaltung S 300.000.--	S 53.333.--
d) Überstunden bzw. Mehr- leistungsent- schädigung S --	S --
e) Fahrtkosten od. Reise- spesen S 200.000.--	S --

ad 2) Zahlungsrückstände dieser Art sind
nicht erst in letzter Zeit entstanden, sie sind
größtenteils auf Schulden vergangener Jahre zurückzu-
führen.

ad 3) Das Bundesministerium für Unterricht
und Kunst ist bemüht, höhere Kredite für den Ver-

waltungsaufwand und die Unterrichtserfordernisse zu erhalten; zum Teil wurde dies im 1. BÜG 1972 erreicht, eine weitere Aufstockung wird im Wege des 2. BÜG 1972 angestrebt.

ad 4) Die Vergütung von Verzugszinsen war bisher nicht üblich; die Berechnung solcher Verzugszinsen würde einen nicht unerheblichen Verwaltungsmehraufwand bedeuten.

ad 5) Bedauerlicherweise konnten nicht in allen Punkten die Anforderungen der Schulverwaltung bei der Budgeterstellung berücksichtigt werden.

ad 6) Es wird seitens des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst alles unternommen, um für das Budget 1972 eine ausreichende Dotierung des Verwaltungsaufwandes und der Unterrichtserfordernisse zu erreichen.